



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

34 (21.1.1932) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-366590](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-366590)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Druckerei: K. L. 4-4. - Fernsprecher: Sammelnummer 240 51
Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 175 90. - Telegramm-Adresse: RemaZeit Mannheim

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 21. Januar 1932
143. Jahrgang - Nr. 34

Pariser „Begründung“ für Lausanner Vertagung

Weil angeblich die Unmöglichkeit bestand, die Vorbesprechungen erfolgreich abzuschließen

Völlige Übereinstimmung mit England?

Drahttelegramm unseres Pariser Vertreters
Paris, 21. Jan.

Im französischen Außenministerium wird heute vormittag die englische Meldung über eine Verzögerung der Konferenz von Lausanne bestätigt. Man berichtet am Quai d'Orsay, daß die Aufschubung des englischen Kabinetts in völliger Übereinstimmung mit der französischen Regierung erfolgt sei.

Die Vertagung der Konferenz wird in Paris offiziell mit der Unmöglichkeit begründet, die Vorbesprechungen bis zum 25. Januar, dem ursprünglich festgesetzten Datum des Konferenzbeginns, erfolgreich abzuschließen. Die Übereinstimmung der englischen und französischen Ansicht bezüglich der Konferenzvertagung wurde in einer Unterredung festgestellt, die gestern nachmittag zwischen dem Ministerpräsidenten Paval und dem englischen Botschafter Lord Lytton stattfand.

Anfragen Blums bei Caval

Leon Blum fragt: Will Frankreich wieder Mainz besetzen?

Paris, 21. Jan.

Im „Populaire“ richtet der sozialistische Abgeordnete Leon Blum an den Ministerpräsidenten Caval die Frage, ob eine politische Lösung zu erlangen sei. Er schreibt: Der Chef der Mehrheit der Regierung in der Kammer, M. Marin, habe erklärt, daß der Rücktritt Branda nur eine erste Wappe sei und daß nunmehr auch die Politik Branda verschwinden müsse. Eine Politik, die verhängnisvoll wäre einer neuen gesellschaftlichen Politik.

Welche neue gegenwärtige Politik wolle die Regierung der Kammer der Reparations- und Währungsfrage vorlegen?

Blum ist, daß Frankreich schließlich jedes Ansehen, jeden „Respekt“ abliege und die Regierung die höchste Aufgabe der Währungsfrage vor sich habe. Man wolle auch sagen, welche Währungsmaßnahmen Blum anwendet. Blum antwortet, daß er die Wiederbesetzung von Mainz über der Ruhr vorziehe. Die Mehrheit müsse sich darüber äußern und der Chef der Regierung müsse erklären, ob er mit seiner Mehrheit einverstanden sei.

Die deutschen Geheimrüstungen

Drahttelegramm unseres Berliner Büros
Berlin, 21. Jan.

Die Erklärungen des Herrn Bourgeois und Escard in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten über angebliche deutsche Geheimrüstungen werden von Berliner unabhängiger Seite als halblüge Verdächtigungen entlarvt. Die Aufklärungen der beiden Senatoren enthalten weder Neues noch Wahres. Was sie vorbringen, ist nur eine Wiederholung der bekannten französischen Behauptungen, daß deutsche Vorkämpfer nicht die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Der geradezu inschändlichen Darstellung, als sei Deutschland daran, eine geheime Armee auszufüllen, sind die einzigen Tatsachen entgegenzusetzen, daß der Vertrag von Versailles keine Verbotung der Herstellung von Luftschiffen enthält. Die Luftschiffbau- und Luftfahrtindustrie ist in Deutschland in sehr lebhaften, welche „unbekannte“ Armee selbst in sehr lebhaften zusammenkommen würde, wenn man auf die deutsche Luftschiffbauindustrie.

Der Zweck der neuen Waffen ist nur zu deutlich erkennbar. Frankreich will sich auf Grund der neuen „Geheimrüstungen“ einen günstigen Boden für die Welteroberungskampagne bereiten. Daher die Währungsfragen, die jetzt wie ein Eisenmesser von allen Seiten gegen Deutschland gerichtet werden.

Köpfe vom Tage



Scheitern Prof. Dr. Wagemann der Präsident des Reichlichen Reichsausschusses für ein ganz neues Währungs- und Kreditgesetz.



Prinz Alton von Bayern der im Range des Königs eines kaiserlichen Generals der Reichsarmee, feiert am 21. Januar in München seinen 70. Geburtstag.



Admiral Richard S. Leigh ist zum Chef der amerikanischen Kriegsmarine ernannt worden. Er gilt als außerordentlich tüchtiger Seemann.

Die Außenpolitik der Sozialdemokratie

Eine Rede des Fraktionsvorsitzenden Dr. Breitscheid

Telegraphische Meldung
Braunschweig, 21. Jan.

In einer kurz besuchten Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei sprach gestern abend der Fraktionsführer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid. Die heutige Stellung der Sozialdemokratie zum demokratisch-republikanischen System formulierte er dahin, daß ohne Überwindung des Kapitalismus und ohne Sozialismus keine wirkliche Demokratie möglich ist. Ueber die republikanische Übergangsfront erklärte er, daß sie den tatsächlichen Wegern der Republik mit dem Wesen entgegenzutreten werde, die diese ihr in die Hand drücke.

Zu den außenpolitischen Fragen übergehend, führte Dr. Breitscheid aus, die Politik der Siegermächte sei nicht dazu angehen gewesen, die Arbeit der Völker in Deutschland leicht zu machen. Sie sei nicht getragen vom Verständnis für die Lage der Republik und der Republikaner. Die Sozialdemokraten billigten den Standpunkt des Reichstagsabgeordneten Dr. Brüning, daß Deutschland zukünftig nicht mehr zahlen könne. Die Reparationen und die Schuldenlastungen der früheren Ententestaaten an Amerika hätten dazu beigetragen, die Wirtschaft zu ruinieren. Die Sozialdemokratie habe Erfüllungspolitik getrieben, nicht aus Überzeugung, daß sie berechtigt sei, sondern weil es damals keinen anderen Weg in der praktischen Politik gegeben habe und weil die Sozialdemokraten an die Verantwortlichen im Ausland hätten appellieren wollen. Wir waren aber, so sagte Dr. Breitscheid, den Parolen der Nationalsozialisten in Deutschland zu folgen und den Hungern zu zusehen. Wenn wir in Deutschland nicht mehr zahlen können, so muß dieses Ziel mit dem Wege der Verständigung zu erreichen versucht werden. Die Sozialdemokratie treibe deshalb Forderungspolitik, weil ohne sie durch das Vermitteln des Sozialismus noch schwerere und blutigere Opfer dem Volke auferlegt würden.

Zur Frage der Reichspräsidentenwahl führte der Redner aus, die Sozialdemokratie sei zur Zeit noch nicht bereit, diese Wahl zu nehmen, sondern sie lasse den Vorkämpfern der Demokratie die Sozialdemokratie werde einen neuen Kandidaten wählen, der ihr Gewähr gebe, daß er die Verfassung und die Republik am besten vertrete. Die Ausführungen Breitschields fanden in der Versammlung reichen Beifall.

Sigung des Reichskabinetts

Drahttelegramm unseres Berliner Büros
Berlin, 21. Jan.

Das Reichskabinetts ist heute erneut zu einer Sitzung zusammengetreten, in der über die Ergänzungsmassnahmen zur Okkupation von Ostpreußen und ein umfassender Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Goerdeler über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen entgegengenommen wurde.

Ein deutscher Schritt in der Reparationsfrage ist vor Abschluß der Verhandlungen über das Zahlungsabkommen der Lausanner Konferenz nicht zu erwarten. Daß der englische Vorschlag vom deutschen Standpunkt abgelehnt werden würde, dürfte am Quai d'Orsay kaum überrascht haben.

Eine Verlängerung des Gouvernementsrats über den 1. Juli hinaus

würde nicht weiter bedeuten als die Abgabe eines neuen Zahlungsvorschlags, da das Moratorium eine Nachzahlung der geschuldeten Summen vom 1. Juli 1932 ab vorwärts und zwar für die nächsten Annuitäten in zehn Jahresraten von 175 Millionen Reich. Die ungeklärten Annuitäten sind bekanntlich in Reichsbanknoten mobilisiert. Die ebenfalls nach den Bestimmungen des Gouvernementsrats in zehn Jahresraten in Höhe von 12 bis 15 Millionen Reich erhalten werden müssen. Da niemand anzunehmen kann, daß Deutschland am 1. Juli 1932 in der Lage ist, mit diesen neuen Zahlungen zu beginnen,

Es war es für die Reichsregierung eine Selbstverständlichkeit, daß sie zu dem ersten Zahlungsvorschlag nicht noch ein zweites hinzugefügt hat. Und daher kam die Zustimmung der Reichsregierung zu der Vertagung der Konferenz nicht in Frage.

Drainings Antwort an Hitler

Drahttelegramm unseres Berliner Büros
Berlin, 21. Jan.

Wie wir hören, wird die Antwort der Reichsregierung auf das Schreiben Adolf Hitlers, die wegen der vorbedingten außenpolitischen Dinge zurückgeschickt wurde, wahrscheinlich im Laufe des Monats erfolgen.

Die „Berliner Volkszeitung“ hat über die Vorgehensweise der Präsidentenwahlen eine Erklärung gegeben, die vom Reichswehrministerium (sogar) zurückgewiesen wird. Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Vertagung der Konferenz des Reichspräsidenten durch vertagungsbereitendes Weich, heißt es in diesem abendlichen Dokument, hat von den daran beteiligten Kreisen des Reichswehrministeriums auf Weisung des Reichspräsidenten und in handiger Zustimmung mit ihm geführt werden. Die von der „Berliner Volkszeitung“ wiedergegebenen, angeblich aus nationalsozialistischen Kreisen kommenden Behauptungen sind „grobe Lügen“. Die Angaben über die Rolle, die General von Schleicher gespielt haben soll, können nur als unzulässige und schändliche Fälschungen bezeichnet werden.

Kreditausweitung!

Zu Wagemann's Währungsplan
Von Argentarius

In allen Ländern kämpft man verzweifelt gegen die Deflation, gegen die Einschränkung des Kredites, gegen die alte verbotene Anwendung der formalen Notenbankens. In der allerletzten Zeit war in Deutschland das Projekt aufgenommen worden, Noten und Banknoten um 20 v. H. herabzusetzen. Diese Devaluationspläne sind, wie man erkannt hat, nur neue Gefahrenquellen für die kleinen Sparer, ihre Verwirklichung würde die Löhne weiter drücken und gleichzeitig die Preise in die Höhe treiben, weil nämlich der Warenbesitzer keine Preise am Maßstab der „Denomination“ einfach steigern würde. In Bezug auf das Ausland würde ein solcher Plan Deutschland keine Hilfe bringen, da der westliche größte Teil der deutschen Auslandsverbindungen auf Goldgrundlage läuft. Nun ist ein neuer Plan entstanden, der Kämpfe in dieser Lage lösen will, ein Plan, hinter dem einflussreiche Kreise der Regierung und der Industrie zu stehen scheinen. Der Urheber dieses Planes ist Prof. Wagemann, der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung. Sein Plan kann mit kurzen Worten dahin gekennzeichnet werden, daß er Kreditausweitung durch neue Geldschöpfung bei gleichzeitiger Aufhebung festgesetzter Industriekredite und Kredit der öffentlichen Hand erzielt. Seine Einzelheiten sind in großen Zügen folgende:

Es soll eine Unterscheidung getroffen werden zwischen den sogenannten „kleinen Noten“ und den „großen Noten“. Die kleinen Noten, die bis zum Betrage von 20 M lauten können, sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, vor allem dahingehend, daß bei privaten Zahlungen der Zahlung zur Annahme auf eine bestimmte, vielleicht 20 M betragende Summe beschränkt wird. Die großen Noten sind vor allem für den Handel mit dem Auslande und für den Produktionsprozess bestimmt, die kleinen Noten mehr für den Konsum und den inländischen Privatverkehr. Was die Deckungsbestimmungen angeht, so soll die Summe der umlaufenden großen Noten, der Reservefonds der Kreditinstitute und der übrigen privaten Guthaben mit mindestens 40 v. H. durch Gold und Devisen gedeckt sein, der Rest durch gute Handelswechsel, während die kleinen Noten und die Giroguthaben des Reichs bei der Reichsbank bis zum Betrage von 1 Milliarde M durch eine verbriefte öffentliche Schuld und darüber hinaus durch beschränkte Schuldbestimmungen und durch reichsbankmäßige Lombarddarlehen gedeckt sein sollen. Die Gesamtsumme der zur Deckung der kleinen Noten und der Giroguthaben des Reichs dienenden Schuldbestimmungen und Lombarddarlehen soll den Betrag von 2 Milliarden M nicht überschreiten. Die eingefrorenen Kuraskredite der öffentlichen Hand sollen in Kuponen umgewandelt werden.

Der Dauerkredit der Notenbank an die Gesamtwirtschaft ist also gewissermaßen als eine „zweite Schuld“ zu betrachten, wie sie ähnlich auch im englischen Währungsplan besteht. Während aber in England diese „zweite“ Schuld der Notenbank auf Großbritannien lautet, würde nach dem Wagemann'schen Plan die Schuld auf der „öffentlichen Hand“ lauten. Man weiß aber, daß die öffentliche Hand, besonders die Kommunen, hart verschuldet ist, wenn sie auch über gewaltige Mittel verfügt. Hierin liegt der „Schwächenpunkt“ des neuen Planes.

Wichtig ist, daß Wagemann die Möglichkeit gegenwärtig nicht will, die Kreditkürzungen, nicht durch Gold gedeckten Inlandnoten teilweise in großem Maße durch Gold gedeckte Noten umzuwandeln. Zweifellos würde auf diesem Wege die Wirtschaft leichter werden, die eingefrorenen Kredite würden „aufleben“ (man denke hierbei an die eingefrorenen Kredite der Banken, für die ja im Falle der Devaluation und der Dreifacher Bank die Reichsregierung die Garantie übernehmen muß), durch neue Kreditausweitung würde die Möglichkeit von Zinsermäßigungen gegeben werden, die Produktion, die zum Teil aus Mangel an Mitteln zu großer Stillstand verurteilt ist, würde erweitert werden können und damit auch die Grundlage für eine Annahme des Konjunks gegeben sein.

Man muß angeben, daß in einer Zeit, in der die Goldwährung in England, dem bisher „goldreichen“ Lande der Welt, verlassen worden ist, in der viele Staaten diesem Beispiel gefolgt sind, jedoch jetzt auf einer Weltwährungs-Konferenz darüber Bescheid gefaßt werden soll, ob die bisher übliche Durchschneidung der Währungen von 40 u. S. nicht niedriger angelegt werden soll, daß in einer solchen Zeit sich ein derartiges Projekt kleinerprechend anhöret. Trotzdem müssen gegenüber dem neuen Plane Bedenken erhoben werden. Immer wieder müssen wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß Deutschland eine ungeheure Inflation durchgemacht hat und daß man schließlich im Auslande seitdem keine derartigen Währungs-Experimente mit größerem Mißtrauen entgegenkommen würde als gerade Deutschland. Trotzdem aber muß das Hauptziel sein, Deutschland aus dem Dilemma der Deflation herauszuführen, und dies ist unter den augenblicklichen Verhältnissen nur auf dem Wege der Kreditbewilligung zu erreichen. Den Anhängern der orthodoxen Goldtheorie muß entgegengehalten werden, daß ihr Ideal vielleicht die letzte Krise überleben kann, daß es aber zweifelhaft ist, ob auch die deutsche Wirtschaft dazu imstande sein wird. Was nicht so Deutschland, wenn zwar die Goldwährung aufrecht erhalten bleibt, aber die deutsche Wirtschaft in den Schranken der Deflation zugrunde geht? Von diesem Gesichtspunkt aus ist also der Wagemannische Plan zu betrachten, und sollte er auch nur die Basis für eine einsetzende Deflation der Notwendigkeiten und eine Gruppe auf dem Wege der Redeflation sein.

Auch die Reichsbahn kann keine Tribute zahlen

Düsseldorf, 21. Jan. Dreizehnrechtlich maßgebende wirtschaftliche Wirtschaftsprüfer haben unter Führung des Bankmannen-Vereins an Reichsbankpräsident und Reichsverkehrsminister eine Eingabe gerichtet, die sich gegen den Gedanken des Kaiserlichen Sonderauschusses wendet, die die Befähigung aufkommen lassen, daß innerhalb des Sonderauschusses die Wirtschaft vertreten werden soll, die Reichsbahn könne künftig unter günstigeren Verhältnissen wieder an der Ausführung der Teilschulden mitwirken und bedürfe nur vorübergehender Versicherungen. Demgegenüber muß, heißt es in der Eingabe, mit aller Eindringlichkeit nachgewiesen werden, daß die im Kaiserlichen Bericht erwähnte Veranlassung für eine Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Reichsbahn nicht möglich und sein kann, weil die Jahre 1925 bis 1929 anerkanntermaßen im Zeichen einer Kreditinflation und wirtschaftlichen Scheiterte standen, die auch auf den Verkehrsbereich gütliche Auswirkungen haben müßte.

Der durchschneidliche Betriebsüberblick nur aufgrund der überlieferten, unrichtigen Tatsachen wurde, denen sich die Wirtschaft nicht entziehen konnte, weil die Eisenbahnen das bei weitem wichtigste Verkehrsmittel sind. Die die Reichsbahn angeht, von politischen Ausschüssen bei ihrer Tarifbestimmung den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen können, so hätten sich ohne weiteres bedeutend günstigere Verhältnisse ergeben. Die Eingabe schließt: „Es, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, haben sich nach vor kurzem erneut an dem Gedanken, daß Deutschland nicht in der Lage sei, in Zukunft Tribute zu zahlen. Das muß sich aber nicht als Tribut, sondern als die Tributen der Reichsbahn gelten. Auch hierfür darf in den Reparationsverhandlungen keine Kommissarische Lösung zugelassen werden, wenn nicht die vor allem notwendige Wiedereingliederung der deutschen Wirtschaft überhaupt in Frage gestellt werden soll.“

Rom, 21. Jan. Ministerpräsident Venturi traf heute mittags ein. Er wurde auf dem Bahnhof von Außenminister Grandi und dem griechischen Gesandten in Rom empfangen.

218 Fälschungen im Sklaref-Prozess

Durch den Buchhalter Lehmann - Kalliber für die Sklaref

Telegraphische Meldung

Berlin, 21. Jan.

Im weiteren Verlauf des Sklaref-Prozesses wurde die Fälligkeit von 218 Urteilen festgestellt, die Lehmann vorgenommen hat. Der Buchhalter Lehmann erklärte, daß er die Urteile der Beamten nach Originalunterlagen durchgesehen und von 1928 bis zum Zusammenbruch gefaßt habe. Staatsanwalt Dr. Weisberg teilte in diesem Zusammenhang mit, daß bei der Durchsicht der Urteile auch echte Blanco-Formulare mit Unterschriften der Bezirksämter gefunden worden sind, und Lehmann bemerkte hierzu, daß Leo Sklaref diese Formulare mitgebracht habe. Leo und Willi Sklaref bestritten, etwas davon gewußt zu haben und beriefen sich wie früher darauf, daß es sich bei allen Unterlagen nur um Formulare gehandelt habe, um die unteren Organe der Staatsbank zu betrogen, während die Direktoren alles gewußt und einen Blanco-Kredit gegeben hätten.

Aus den Verhandlungen des Vorsitzenden ging jedoch hervor, daß Leo Sklaref keine Angabe gemacht in einem Kalliber enthaltenen Anwei-

lungen angepaßt hat. Leo Sklaref bestritt einen Kalliber erhalten zu haben und erklärte, er habe sich das selbst ausgearbeitet und seinem Verteidiger gezeigt. Vielleicht habe dieser dann das zusammengefaßt. Er habe sogar das Original seiner Aufzeichnungen, die er sich in der Zelle gemacht habe, noch zu Hause.

Vorsitzender (erregt): Das ist ja ganz neu. Das lagern Sie heute zum erstenmal. Warum haben Sie denn das nicht gesagt, als in einer der ersten Verhandlungen der Kalliber besprochen und der Verdacht auf Rechtsanwalt Pannagelast wurde. Als anhängiger Mensch hätten Sie das doch eingestanden müssen.

Rechtsanwalt Behn: „Ich möchte anregen, die Aufarbeitung, die Leo Sklaref an Pannagelast will, sofort beschlagnahmen zu lassen.“

Vorsitzender: Wir werden in der Pause darüber beraten. Es wird auf jeden Fall Vorfrage getroffen werden, daß damit nichts passiert.

Nach Willi Sklaref bestritt, einen Kalliber erhalten zu haben. Nur hielt der Vorsitzende vor, daß seinen eigenen Aussagen den Kalliber erhalten zu haben, dessen Inhalt er aber nicht richtig verstanden habe.

Politischer Entführungsversuch in Rumänien

Ein zweiter Fall Antepoff

Telegraphische Meldung

Bukarest, 21. Jan.

Großes Aufsehen erregt hier ein politischer Entführungsversuch, der an den Fall des Generalen Antepoff erinnert. Ueber die Angeltaten werden folgende Einzelheiten bekannt: Sozialistische Kamilläre, hatten den Auftrag erhalten, daß dies in Rumänien wohnenden Diplomaten Antepoff zu demütigen und nach Ausland zu bringen. Dieser war im Jahre 1921 diplomatischer Vertreter der Sozialisten in Bern. Später organisierte Antepoff als Privatsekretär Stojan die W.P.L. Dann wurde er nach Konstantinopel entsandt, wo er in den Verdacht geriet, mit

Troß in Verbindung zu stehen. Er wurde daraufhin sofort verhaftet, weigerte sich aber, nach Moskau zurückzukehren.

Selbst sagt er als ein abtrünniger Gegner der Sowjets. Es heißt, daß die sowjetische Regierung eine Million Dollar angeboten habe, um seiner Habhaft zu werden. Der Kapitän eines in Konstantinopel liegenden griechischen Dampfers habe sich bereit erklärt, Antepoff nach Odessa zu bringen. Der Kapitän ist verhaftet worden.

In Bukarest glauben man, daß dieselben Leute an dem Entführungsversuch beteiligt sind, die in Paris die Entführung des Generalen Antepoff durchgeführt hatten.

Kommunistische Bürgerkriegsvorbereitungen vor dem Reichsgericht

Telegraphische Meldung

Weimar, 21. Jan.

Der vierte Strafsaal des Reichsgerichts verurteilte gestern zwei Kommunisten aus Berlin-Weißensee wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterföhrung einer kommunistischen Verbindung nach Paragraphen 4 und 11 des Reichsverfassungsgesetzes zu je zwei Jahren Gefängnisstrafe, von denen je 11 Monate erlittener Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Es sind dies der 33 Jahre alte Arbeiter Ernst Vogel und der 29 Jahre alte Arbeiter Ludwig Mitteldorf.

Aufgrund des früheren Gehändnisses des Angeklagten Vogel, daß er früher mit der Begründung widerrief, daß er sich ihm von der Polizei abgepreßt worden, hat der Senat als erwiesen an, daß in Berlin-Weißensee der verdächtige Kommunisten-Kampfbund unter dem Decknamen „Kameradschaft“ existierte, daß Vogel Einzelkämpfer der K. P. war und Waffenstrukturen gewesen ist, und daß er von dem Angeklagten Mitteldorf als seinem Vorgesetzten, eine Kistenmappe erhalten hat, die neben einer Reihe verbotener Druckschriften und

einer Erklärungstafel für die Reichswehrschule 10 eine Sammlung von Strahlenkarten enthielt.

Die Ratissen wurden von einem maßgeblichen Berliner Polizeikommissar deshalb als tatsächliche Kämpfbünde für einen Bürgerkrieg angesehen, weil sie neben der genannten Legungsbildung der Polizeikommissare, der Telefon- und Radiostellen auch Vermittelungen über die Beschaffenheit der Handbücher und ihrer Anwendung sowie die Beschaffenheit der Strahlenkarten, die sich zur Wirkung von Vorrätsbüchern eigneten.

Die Preisfestsetzungsaktion

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 21. Jan.

Zur Zeit schwächen, wie wir hören, zwischen dem Reichstagsminister für Viehwirtschaft Dr. Gortz und dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning Verhandlungen. Dr. Gortz vertritt die Auffassung, daß ein weiteres Ansteigen der Viehpreise verhindert werden müsse, wenn der gegenwärtig verhängte Preis gehalten werden soll. Das Ergebnis der Verhandlungen ist für heute oder spätestens morgen zu erwarten.

Die deutsche Delegation für den Völkerverbundrat

Berlin, 21. Jan.

Die deutsche Delegation für den Völkerverbundrat wird unter Leitung des Gesandten von Belgien übergeben. Weiter werden der Delegation angehören als Völkerverbundreferent Geheimrat von Rammerer, als Sachverständige für Wirtschaftspragen Ministerialdirektor Pöschel und Weislandtschneider, als Sachverständige für Oppressionen Ministerialdirektor Meyer und Geheimrat Roedel, als Sachverständige für die mandatsrechtliche Frage Geheimrat von Schöner, für die Widerheiten Legationsrat Fiedler und als Sachverständige für die Statuten Legationsrat Fiedler. Die Preisstellung wird vertreten sein durch Regierungsrat Rau.

Die Ausweisung der Jesuiten aus Spanien

Paris, 21. Jan.

Wie dem „Revue“ aus Madrid berichtet wird, hat der von der Regierung eingesetzte Justizminister, der die Frage der Verhaftungsbefugnisse der Ausweisung der Jesuiten zu prüfen hat, diese Frage selbst. Befragte war ein Guadiana der von den Jesuiten betragten juristischen Verantwortlichkeiten zu der eingereichten Stellungnahme gelangt. Anschließend des Ausfalls des Guadiana hat die Regierung eingesetzten Justizminister beschlossen, man nun damit, daß binnen kurzem eine Verordnung erlassen, durch die der Justizminister den Jesuitenorden in Spanien für aufzuheben erklären wird.

Letzte Meldungen

Selbstmord einer Schülerin

Berlin, 21. Jan. Die vierzehnjährige Schülerin Helene A. verstarb in der eisenlichen Wohnung in Wilmersdorf an getränktem Opiumgehalt. Selbstmord durch Vergiftung mit Opi.

Ihre Mutter habe in diesen Tagen ein Schreiben der Gestapo-Schule am Kottbuscher Platz, die ihre Tochter beschuldigt, monach die Leistungen des Mädchens unbefriedigend waren. Die Mutter habe deshalb ihre Tochter zur Rede, und diese vorwärtig nahm sich das Mädchen so zu Herzen, daß sie sich tötete. Als die Mutter von einer Befragung heimkehrte, fand sie ihre Tochter in der Küche tot auf.

Der Strafantrag im Rappengangs-Prozess

München, 21. Jan. Im Rappengangs-Prozess beantragte heute der Oberstaatsanwalt gegen Rappengangs eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren. Rappengangs sei für fünf vollendete und zwei versuchte Mordtaten verantwortlich.

Unfall beim Autorennen

Paris, 21. Jan. Während eines Pariser Autorennens bei dem Automobilrennen von Monaco ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Ein Rennwagen kam auf der glatten Straße ins Wippen und konnte gegen einen haltenden Wagen, dessen Fahrer gerade ausgewechselt wurden. Die beiden Insassen des letzteren wurden zu Boden geschleudert. Von dem Schwerverletzten ist einer noch während des Abtransportes gestorben.

Großer Diebstahl in New York

New York, 21. Jan. Aus einem Schaufenster in der Gasse des neuen Wald-Aldrich-Park wurden alle und moderne Schmuckstücke im Werte von 40000 Dollar geraubt.

Japanische Truppenabzug nach Shanghai

Tokio, 21. Jan. Mehrere Flugzeuge, ein Kreuzer, vier Zerstörer und eine Abteilung Marinesoldaten sind nach Shanghai immaniert worden, da sich der dortigen japanischen Kolonie eine wachsende Unruhe bemächtigt habe.

Kapitalismus und schöne Literatur

Vortrag in der Volkshochschule

Die Vortragsreihe der Volkshochschule „Wirtschaftslehre im Kapitalismus“ hat sich eigenlich zum Ziele gesetzt, alle Erscheinungen des kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Verhältnis des Kapitalismus den Hörern verständlich zu machen durch den Vortrag, sie auf bestimmte geistige Kräfte zurückzuführen, die alle Wesen menschlich-gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Bewußte Kenner hatten in ihren Vorträgen als solche Vortragskräfte die freie Persönlichkeit, die persönliche Verantwortung, den Willensbereich, die Freiheit und ihre Wandlungen durch die Geschichte verfolgt.

Wenn man glaubt, daß Bernard von Hrenska, ein Schriftsteller aus Berlin, in seinem Vortrag über „Kapitalismus und schöne Literatur“ ähnliche Lehren einbringen würde, indem er die Ursprünge der schönen Literatur in Beziehung setzte zu den Verhältnissen des Kapitalismus, so ist man sich sehr getäuscht. Er konnte gar nicht in diesem Thema reden, da es für ihn gar keine Verhältnisse gibt. Er hat ganz auf dem Boden der marxistischen Lehre, daß es nur einen von Klassen, welche bedrückten Klassen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens gibt, in dem die schöne Literatur eine unheimliche Rolle spielt. Eine unheimliche Wirkung an sich konnte sie nur in der Zeit gewinnen, da der Künstler mit der bedrückten Gesellschaft verfallen war, sich aus der Gegenwart löst und sein kognitives Komplex in eine höhere Welt des Idealen Schietes verdrängt. Kunst erhebt sich als etwas Überweltliches, über dem sozialen Leben stehend, sie solle den Menschen an sich darstellen, der über die Wirklichkeit und die Gesellschaft bestimmt. Dieser Aufbruch zum Idealen und nach die besten Kräfte der Menschheit, nur hat sie keine „originalen Produkte“ mehr sind; sie hängen fast in das Überweltliche in ein angeblich überweltliches, sie hängen fast in ein angeblich überweltliches. In Wirklichkeit heißt es aber, daß diese Weltbürgerliche Fortschritt des rein Menschlichen als etwas Konsumtives heraus, nämlich als Verkauf des Mittelstandes, die ihm gebliebenen Tendenzen zu retten — eine Unmöglichkeit, da es doch rein menschliche Dinge wie Schöpfung, Liebe, Mühe gibt. Begründung: Keiner

hat Liebe leben sehen“). Jedenfalls sind die Dichter also Exponenten ihrer Klasse.

Da nun die wirtschaftliche Lage sich geändert hat, das Proletariat die Macht zu ergreifen im Begriffe ist, bedarf es einer neuen Kunst, die der neuen Klasse dient und ihre Erzeugnisse gibt in den Dienst des Kampfes der Klasse stellt. Es gibt überhaupt keine andere Kunst als Denkmäler. In der Kunstproduktion der neuen epischen Form gegenüber der Bürgerlichen Kunst.

„Einer für viele“

Es gibt da einen Schreibenden Gesellen, dem kommt es stets von neuem in den Sinn mit einem anonymen Brief sich vorzustellen, zur Namensnennung reicht sein Mut nicht hin.

Was der so schreibt? Natürlich von der Bühne, woher dieser Dampf so alles weht. Er würgelt nur und fordert furchtbare Sühne; vor allem macht ihm unsere Oper heil.

Da hat der Herr so seine Leidenschaften, die er in Vor- und Rückwärts legt. Man soll ihn wegen seiner Schimpf verhaften, sonst fällt er immer wieder und zur Last.

Ist er zu feige, um sich leicht zu weiden und nicht er seinen anonymen Brief fortzusetzen, sei ihm vor seinem weiten kummern Schellen die äußerste Verachtung lausgetan!

gesellschaftlichen wird noch gearbeitet. Sie verwenden neue Mittel; sie betrachten und ermitteln, heute gegenüber und übertrag, treibt zu Erkenntnissen und Lehren des Denkens. Nicht auf Wissen kommt es ihm an, sondern auf Begriffe. Der Künstler ist mit ein Führer im Klassenkampf, er vertritt die Forderungen, die der Klassenkampf nicht so genau zur Formulierung der Erkenntnis und Gefühle vertritt.

Er stellt sich also in diesem Vortrag ein Exponent einer Klasse vor, von dem man auch sagen kann, daß er kein „originales Produkt“ ist. Sein Vortrag dient nicht dem Verdienen der schönen Literatur im

Verhalten des Kapitalismus, sondern der antiklassischen Propaganda. Das der Arbeiter allerdings das tun konnte, ist ein Fehler der Zeitung der Volkshochschule. Man kann aber schöne Literatur niemandem brechen lassen, der sie nur als eine Erklärung des ökonomischen Geschehens betrachtet und in das Wirken der historischen Prozesse seinen Einfluß hat. Wer an einen schöpferischen Geist und an seine Darstellung in den Werken der Kunst nicht glaubt, kann auch nicht darüber reden. Jenseitern soziale Probleme in die Kunst eingeben, ist ein Problem, dem man trotzdem mit vollem Verständnis gegenüberstehen kann.

Kongress Bill Tomgraf-Jahresfeier und Louis Goussier. In dem am 20. Januar im Riedelungssaal stattfindenden Arsen-, Nieder- und Duettenabend werden die beiden Künstler im ersten Teil des Programms Liedert und von Graham, Schubert, Hugo Wolf, Moszkowski, Jos. Marx, Paul Brauer und Richard Strauss hören. Im zweiten Teil folgen dann Arsen und Duetten aus Opern von Puccini, Giordano, Rossini und Verdi.

Internationale Washington-Feiern. Gleichzeitig mit dem zum Gedächtnis an den zweihundertsten Geburtstag George Washingtons in Amerika veranstalteten Feiern, die am 22. Februar beginnen, werden auch in europäischen Ländern Ehrungen für Washington vorbereitet. So werden in Deutschland, in Berlin und Heidelberg Plätze nach Washington benannt werden, während Stuttgart seiner Vorkämpfer den Namen des großen amerikanischen Weiden verleiht. In Italien ist unter Führung des Ordens der „Ehrendamen“ die Errichtung eines Washington-Denkmal in Rom geplant. In Washington-Deutschland soll fern in der amerikanischen Stadt Ranton geschlossen werden. Die ungarische Hauptstadt wird Washington durch die Verleihung eines großen Washington-Ordens, und auch Polen bereitet besondere Washington-Feiern vor. In einer Reihe anderer Städte sind Washington-Ehrungen durch die Benennung von Straßen oder Plätzen nach seinem Namen geplant. In den latein-amerikanischen Staaten soll im Rahmen der neugegründeten „Pan-Amerika-Tagen“ eine große Feierlichkeit veranstaltet werden, die sich den Washington-Feiern in den Vereinigten Staaten anschließt wird.

Arbeitsgemeinschaft pfälzer Kunst

Zehn Jahre heimischen Kunstschaffens

Die Arbeitsgemeinschaft pfälzer Kunst tritt auf ein zehnjähriges Wirken zurück. Begründet von dem Direktor der Pfälz. Landesgewerkschaft Dr. Ing. Hermann Graf, vereinigt sie die Organisationsfähigeren Kunst. Die von dem pfälzischen Kunstmalers Karl Graf betreute Geschäftsstelle in Speyer hat in 100 Ausstellungen der Kunst unserer Grenzmark in großen Vaterland Freunde erworben und im abgetrennten Saargebiet und der Grenzpfalz die Bande der Zusammengehörigkeit enger geknüpft.

Der pfälzer Künstlerbund hat sich vergrößert mit einem Stammschatz von 20000 K. das Geschäftliche zwischen Künstlern und Ausfern, wenn langfristige Hilfe gewünscht wird. Dr. Graf hat auch in der vornehmsten Monatsfeier der Kunstgewerkschaft „Kunst und Politik“ und der Sammlung „Von Pfälzer Art und Kunst“ die pfälzer heimischen Schaffens. Die Ausstellungen der Landesgewerkschaft zu Karlsruhe führten das Wirken der Kunst vor, der verdiente: Weisgerber, Eder-Gundlach, Götter und der lebendigen: Stevogt, Verrmann, Oareisen, M. u. a.

Die Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft, die in Speyer unter Teilnahme der Weisgerber, Verbinde und Künstler stattfand, gestaltete sich zu einer Ehrung für den verdienten Vorsitzenden Dr. Hermann Graf. Eine Gruppe mit 10 Kunstmalern, Originalen familiärer pfälzer Künstler wurde ihm als Zeichen der Dankbarkeit überreicht. Die Kunstmalers Graf hat im Namen der Pfälzer und Bildner zum Ausdruck brachte.

Dr. Graf gab einen Überblick über das verflochtene Jahrzehnt; er erwähnte, daß die Kunstmalers, 45 außerhalb, 14 innerhalb der Pfalz einen Umsatz von 220000 Mark erzielt haben, und daß der Künstlerbund in 123 Fällen in Auftrag genommen wurde, so daß für die durch den Pfälzer Gewerkschaftsverband geschickten 14 Künstler. Nach einem Vortrag des Geschäftsführers Graf Graf über seine Erfahrungen im Kunstschaffens, wurde der pfälzer Vorstand mit Dr. Graf als 1. und Landesregierungsrat Himmann als 2. Vorsitzenden wiedergewählt und durch Oswald des Prof. Albert Graf als 3. Kassierer-Jodorum ergänzt.

